



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/192 - 23. August 1957  
Sonderdienst

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-38  
Fernschreiber 0886 890

## Parteienfinanzierung...

Interview mit Alfred Nau, Mitglied des Vorstandes der SPD

Frage: Durch das am Donnerstag veröffentlichte Professorengutachten zum Parteiengesetz hat die Diskussion über die Frage der Parteienfinanzierung erneuten Auftrieb erfahren. Im Grundgesetz schreibt der Artikel 21 vor, dass die Parteien über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft zu geben haben. Herr Nau, sind Sie der Auffassung, dass die gegenwärtige Bundesregierung und die sie tragenden Parteien ernsthaft die Absicht haben, durch ein Gesetz Klarheit über die Parteienfinanzierung zu bringen?

Antwort: Nein, die Regierung Adenauer hat in ihrer achtjährigen Regierungszeit alles versäumt, um die im Interesse der Sauberkeit der Demokratie notwendige Klärung herbeizuführen.

Frage: Welches sind, Herr Nau, nach Ihrer Meinung die Motive für diese Haltung der Regierung?

Antwort: Bei der Offenlegung der Parteifinanzien der CDU und ihrer Satelliten würde sich vor aller Welt klar zeigen, dass die Regierungsparteien fast ausschliesslich durch Interessentengruppen finanziert werden. Diese Art der Finanzierung schafft zwangsläufig Abhängigkeiten, die erklärlicherweise nicht ohne Einfluss auf die Gesamtpolitik dieser Parteien bleiben. Diese Tatsachen stellen eine Gefährdung der freien politischen Willensbildung des Volkes dar, da über diese Art der Finanzierung eine Einflussnahme anonymer Mächte erfolgt. Selbst wenn ein Parteiengesetz zustande kommt, wird die mögliche Wirkung sehr bescheiden sein, da seit mehreren Jahren die indirekte Parteienfinanzierung von Regierungsparteien in einem erschreckenden Ausmass erfolgt.

Frage: Herr Nau, das ist eine sehr interessante Bemerkung, wie ist sie zu verstehen?

Antwort: Es haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von Organisationen gebildet, die mit riesigen Geläsmitteln ausgestattet unverblümt Propaganda für die Regierungsparteien entfalten. So zum Beispiel:

Die Arbeitsgemeinschaft für Wiedervereinigung,

Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs e.V.,  
bekannt unter "Waage", die unter Aufwand von Millionen DM - 2 -

23. August 1957

in allen Zeitungen, Zeitschriften mit Inseraten für die Regierung in Erscheinung tritt,

Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise

und viele andere Tarnorganisationen mehr.

Ihre Finanzquellen liegen im Dunkel. Ein beträchtlicher Teil ihrer Mittel dürfte aus dem Reptilienfonds des Bundeskanzleramtes und den Finanzquellen der Industrie kommen.

Frage: Welche Aussichten sehen Sie für die Verabschiedung eines Parteiengesetzes in der nächsten Legislaturperiode?

Antwort: Die enorme Arbeitsleistung der Professoren, die in Gutachten ihren Niederschlag gefunden hat, wird in der Luft hängen bleiben wenn es nicht gelingt, die Einparteiherrschaft der CDU/CSU zu brechen. Ein wirksames Parteiengesetz mit Unterbindung von indirekten Finanzierungen durch Nebenorganisationen und Förderergesellschaften wird nur zu erreichen sein, wenn parlamentarisch eine Mehrheit gegen die CDU/CSU als Ergebnis des 15. September zustande kommt.

Frage: Herr Nau, ist anzunehmen, dass sich die SPD im Dritten Bundestag mit ganzer Kraft für eine Beseitigung dieses an Korruption grenzenden Zustandes einsetzen wird?

Antwort: Ja, die SPD hat durch Veröffentlichung ihrer Finanzberichte der Bevölkerung den Einblick in ihre Finanzgebarung gegeben, während in den finanziellen Berichten oder Protokollen der CDU derartige Aufschlüsse fehlen. Das ist sogar schon im Ausland aufgefallen. Ein Artikel von Arnold J. Heidenheimer in der amerikanischen Zeitschrift "The American Political Science Review" Nr. 2 vom 2. Juni 1957, beschäftigt sich mit dem Finanzwesen der deutschen Parteien. In der Einleitung dieses Artikels heisst es: "Das Thema Parteienfinanzierung ist eine Angelegenheit, über die nicht ein einziges Wort in den offiziellen Berichten oder Protokollen von Parteikonferenzen im Verlaufe von zehn Jahren, innerhalb deren die CDU Regierungspartei wurde, zu finden. Ebenso wie auch ihre Kollegen...in der ganzen Welt, glauben die Führer der CDU offensichtlich, dass Schweigen Gold ist, wenn es sich darum handelt, unangenehme Fragen der Sozialisten auf diesem Gebiet zu beantworten. Die Parteien der Bonner Koalition sind ausserordentlich empfindlich dagegen, dass die öffentliche Meinung oder die Gesetzgebung dieses Gebiet berühren".

Diesen Bemerkungen ist nichts hinzuzufügen.

\* \* \*